**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 4 (1924-1925)
**Heft:** 3

**Artikel:** Randbemerkungen zur Motion Gelpke
**Autor:** Schmid, Arthur
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-328909

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 10.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Randbemerkungen zur Motion Gelpke.

Von Dr. Arthur Schmid.

In der verflossenen Session ist die Motion Gelpke, welche sich mit der Wirtschaftspolitik der Schweiz in sehr einseitiger Weise befaßt, behandelt und vom Nationalrat, trotz des sozialdemokratischen Ablehnungsantrages, gutgeheißen worden. Wir können heute die ganze Bedeutung dieser Motion nicht eingehend würdigen und ebensowenig den Geist, dem sie entsprungen ist. Wir begnügen uns deshalb mit einigen Randbemerkungen, um zu zeigen, daß jener Geist überlebt ist und daß die Wege, die Gelpke aufzeigt, nicht gangbar sind.

Die Motion Gelpke lautet:

„Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und darüber zu berichten, ob nicht allgemeine Richtlinien einer den Zeitverhältnissen Rechnung tragenden schweizerischen Wirtschaftspolitik aufzustellen seien, unter besonderer Berücksichtigung eines nachhaltigen Schutzes der einheimischen Erwerbstätigen, sowie der Bestrebungen zur Förderung der Eigenwirtschaft und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Landes."

Die Motion datiert vom 1. Oktober 1919. Der Zeitpunkt der Einreichung ist für ihren Inhalt bedeutungsvoll. Sie wurde eingereicht, nachdem Europa durch einen langjährigen Krieg außer Rand und Band geraten war. Während des Krieges hatte man nicht nur die ganze Wirtschaft für den Massenmord mobilisiert, sondern man hatte Wirtschaftspolitik unter dem Gesichtspunkte der gegenseitigen Vernichtung getrieben. So kam es, daß die kriegführenden Länder sich gegenseitig abschlossen, daß gegenüber den Zentralmächten die Wirtschaftsblockade einsetzte und daß plötzlich in diesem abnormalen Zustand die Urproduktion eines Landes eine Bedeutung bekam, die sie in normalen Zeiten nie hatte und nie haben konnte. Die Schweiz hatte unter den Kriegsfolgen (während und nach dem Kriege) zu leiden. Sie spürte die Hungerblockade ebenfalls. Sie mußte darauf dringen, die Urproduktion zu heben, und sie traf verschiedene in dieser Richtung gehende Maßnahmen.

Aus dieser Situation heraus war es im Jahre 1919 vielleicht noch verständlich, wenn man eine künstliche Förderung der Eigenwirtschaft und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Landes forderte. Gegen die bloße Prüfung dieser Postulate konnte damals an und für sich wenig eingewendet werden, trotzdem es selbstverständlich ist, daß kein Land sich abschließen kann. Es ist unmöglich, Zustände zu schaffen, welche die absolute wirtschaftliche Unabhängigkeit eines Landes sichern. Vielleicht könnte ein solcher Versuch von einem großen Lande, wie Rußland, England oder die Vereinigten Staaten von Nordamerika, unternommen werden. Denn diese Länder verfügen über ausgedehnte Rohstoffquellen. Allein auch in diesen Ländern müßte ein solcher Versuch mißlingen. Aber noch viel weniger kann

ein kleines Land, wie die Schweiz, sich von seiner nächsten Umgebung künstlich abschließen und absondern. Eine solche Politik müßte zu seinem Ruin führen.

Um die ganze Tragweite der Frage auch nur einigermaßen zu erfassen, müssen wir uns die Entwicklung der modernen Wirtschaft im Laufe der letzten hundert Jahre vergegenwärtigen. Auf dem Gebiete der Technik fand eine vollständige Umwälzung statt. Die Erfindung von Maschinen, welche nicht durch menschliche Kraft betrieben werden, sondern durch Dampfkraft (heute teilweise durch Elektrizität), führte dazu, daß ganze Berufszweige dieser Entwicklung zum Opfer fielen. Gegen diese Entwicklung wehrten sich die Betroffenen. Wir erinnern hier nur an die schweren Kämpfe, welche zu Anfang des 19. Jahrhunderts in England und anderswo stattfanden. Die Einführung der Maschinenarbeit machte den Handweber und den Handspinner konkurrenzunfähig. Die Maschine wurde in den Augen dieser Leute zu ihrem Feind. Sie sahen nicht, daß die Maschine ein ganz gewaltiges Förderungsmittel der Ergiebigkeit der Produktion war. Sie konnten das auch nicht sehen, weil sie nur die Nachteile der modernen technischen Umwälzung zu spüren bekamen. Der Fabrikant, der Kapitalist, nützte die Maschine und erntete in Form des Profites die Vorteile, welche sie der Menschheit bringen sollte. Die Arbeiter, welche in der Fabrik arbeiteten, wurden auf das schmählichste ausgebeutet. Kinder- und Frauenarbeit waren an der Tagesordnung. Der Handwerker aber wurde konkurrenzunfähig. Es war ihm mit dem besten Willen nicht möglich, das zu leisten, was die Maschine leistete.

In England nahmen die Maschinenzerstörungen überhand. Als ein Handweber in Nottingham, Ned Ludd, einen Strumpfwirkerstuhl zerstörte, nannte sich nach ihm die ganze Bewegung, jener, die glaubten, durch die Zerstörung der Maschinen und Fabriken den technischen Fortschritt aufhalten zu können. Die Luddistenbewegung führte zu äußerst rigorosen Maßnahmen der englischen Regierung und des englischen Parlamentes. Im Jahre 1812 wurde ein Gesetz angenommen, welches die Todesstrafe auf die Zerstörung von Maschinen setzte, und im Jahre 1813 wurden am 13. Januar 3 und am 16. Januar 15 Arbeiter hingerichtet.

Wer die Geschichte der Schweiz kennt, weiß, wie sehr die Weber des Zürcher Oberlandes unter der technischen Umwälzung litten. Der Usterbrand war nur einer jener verzweifelten Ausbrüche des leidenden Volkes.

Auch damals gab es Leute, welche die moderne Entwicklung, die technische Umwälzung verwünschten und glaubten, man sollte die Maschine aus der Welt schaffen. Die alten Zunftverhältnisse, die Verhältnisse, wie sie zur Zeit der Feudalherrschaft geherrscht hatten, erschienen diesen Leuten in viel rosigerem Lichte. Es gab Volkswirtschafter, die das Ideal in der Vergangenheit suchten und in diesem Sinne gegen die moderne Entwicklung wetterten. Allein alles das,

was sie von ihrem Standpunkte aus gegen die moderne Entwicklung sagten, nützte nichts. Die Wirtschaft entwickelte sich weiter und ganze Berufszweige verschwanden. Die Industrialisierung von Westeuropa und der Welt überhaupt machte gewaltige Fortschritte.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft hat diese Entwicklung mitgemacht und sie ist zu einem Lande geworden, das eine starke Industrie aufweist. Infolge dieser weltwirtschaftlichen Entwicklung sind die gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisse viel größer geworden als früher. Nicht nur die Herrlichkeit der alten Zunftwirtschaft verschwand, sondern die ganze Wirtschaft eines Landes veränderte sich.

Seit hundert Jahren ist das Verkehrswesen vollständig revolutioniert worden. In diesen hundert Jahren ist die Erde von einem Eisenbahnnetz überzogen worden, das gestattet, die Produkte rasch von einem Ort an den andern zu bringen. Die Schiffahrt hat gewaltige Fortschritte gemacht. Ozeandampfer von nie gesehener Größe vermitteln den Warenverkehr zwischen den Kontinenten. Alle diese Neuerungen haben wiederum dazu geführt, die wirtschaftliche Abhängigkeit zu vermehren. Ein Land ist heute nicht mehr ein abgeschlossenes Ganzes, das sich selbst genügen kann, sondern es bildet einen Teil der gesamten Weltwirtschaft. Wir brauchen nur die Ausfuhr- und Einfuhrziffern unserer Volkswirtschaft zu durchgehen, um festzustellen, wie sehr die Schweiz mit der Weltwirtschaft verkettet ist.

Der Kapitalismus hat alle Gebiete der Erde in seinen Bannkreis gezogen. Er hat nicht Halt gemacht vor den Ueberbleibseln der Zunftwirtschaft, aber auch nicht Halt gemacht vor den außereuropäischen Kulturen. Die außereuropäischen Erdteile wurden erobert, unterjocht und dem europäischen und amerikanischen Kapitalismus tributpflichtig erklärt. Das Streben des Kapitals kennt keine Grenzen. Es ist endlos und geht immer weiter. Der Kapitalist, der im Jahre 10 Millionen umsetzt, wird danach streben, diesen Umsatz zu verdoppeln. Die Kapitalistenklasse eines Landes, die sich einen Teil der Erde tributpflichtig gemacht hat, will auch noch andere Teile der Erde sich untertan machen. Der Imperialismus ist die Form der kapitalistischen Wirtschaft, die zurzeit maßgebend ist. Der Imperialismus bedeutet das Streben der Kapitalisten eines Landes, die ganze Welt zu beherrschen und auszubeuten. Und weil sowohl die englischen, wie die amerikanischen, wie die deutschen, wie die französischen, wie die Imperialisten überhaupt diesem Streben huldigen, so stoßen ihre Interessen aufeinander. Es brechen blutige Kriege um die Eroberung und Ausbeutung der Erde aus. Die imperialistische Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft hat aber anderseits zu einer noch größeren Verkettung der einzelnen Staaten in wirtschaftlicher Beziehung geführt.

Die Entwicklung der Technik, die Entwicklung der Verkehrsmittel, die internationale Arbeitsteilung und das imperialistische Streben des

Kapitalismus haben den Traum nach einer abgeschlossenen nationalen Wirtschaft, den vielleicht ein kleines Land vor hundert Jahren noch träumen konnte, längst zerstört. Mit der Entwicklung der Weltwirtschaft ist nicht nur die Ausfuhr und die Einfuhr der einzelnen Länder gewachsen, hat nicht nur die Zahl der Industriearbeiter zugenommen, sondern in einzelnen Ländern ist auch die Zahl der in der Urproduktion Tätigen absolut zurückgegangen. So waren beispielsweise in der Schweiz noch im Jahre 1870 in der Urproduktion (nach dem Bericht über Handel und Industrie der Schweiz für das Jahr 1923) 552,646 Personen tätig, währenddem im Jahre 1910 ihre Zahl auf 483,194 zurückgegangen war und trotz der Anstrengungen, die in den Kriegsjahren zur Hebung der landwirtschaftlichen Arbeit gemacht worden sind, im Jahre 1920 nur 488,702 Personen betrug.

Die Gesamtzahl der Berufstätigen hat sich seit dem Jahre 1870 gewaltig vermehrt. 1870 hatten wir 1,194,950 Berufstätige in der Schweiz. Im Jahre 1920 dagegen betrug ihre Zahl 1,778,874. Die Zahl der Berufstätigen im gesamten war also um mehr als 500,000 gestiegen. Wenn wir die Prozentzahl betrachten, so waren im Jahre 1870 46 % in der Urproduktion tätig. Im Jahre 1910 waren es nur noch 29 % und im Jahre 1920 nur noch 28 %. Dagegen ist die Zahl der in der Industrie Tätigen gewaltig gestiegen, von 498,654 im Jahre 1870 auf 821,340 im Jahre 1920, oder von 42 auf 46 %. Diese Zahlen zeigen, daß eine vollständige Umschichtung in der schweizerischen Volkswirtschaft seit 1870 stattgefunden hat. Man redet deshalb auch in den Kreisen, in denen Gelpke verkehrt, von einer Ueberindustrialisierung der schweizerischen Volkswirtschaft. Und am 23. Juni 1921 hat Gelpke eine weitere Motion eingereicht, welche folgenden Wortlaut hat:

> „Um die schweizerische Volkswirtschaft vor wirtschaftlichen Auswüchsen, insbesondere vor den zersetzenden Einflüssen der Ueberindustrialisierung zu bewahren, wird der Bundesrat eingeladen, zu prüfen und darüber zu berichten, ob und bis zu welchem Grade eine partielle Verfassungsrevision im Sinne einer bedingten Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit angebahnt werden könne."

Aus dieser Motion geht deutlich hervor, daß Gelpke eine Zurückdämmung der industriellen Entwicklung von Staats wegen fordert. Er möchte, daß die Schweiz der Ueberindustrialisierung entgegentritt, die Handels- und Gewerbefreiheit einschränkt und künstlich die Tätigkeit in der Urproduktion hebt. Diese Gedankengänge müssen wir berücksichtigen, wenn wir die Motion Gelpke aus dem Jahre 1919 verstehen wollen.

Gelpke erblickt auch eine Gefahr in der Zunahme der Ausländer in der Schweiz. Bekanntlich ist seit Jahren eine Vorlage des Bundesrates hängig, welche die Einbürgerung der Ausländer erleichtern soll. Der Ständerat hat die Beratung dieser Vorlage um Jahre hinaus

verzögert und die Reaktion versucht auch eine Verschleppung im Nationalrat. (Vor einiger Zeit hat Genosse Nobs in der „Roten Revue" über die Verhandlungen dieser Vorlage berichtet.) Als die nationalrätliche Kommission in Lugano tagte, hat Gelpke bei den Beratungen alle seine Postulate hinsichtlich der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Schweiz vorgetragen. Ihm ist die Einbürgerung von Ausländern sehr zuwider und er hat damals in ähnlichem Sinne gesprochen wie schon oft im Nationalrat. Die Einbürgerungsfrage ist aber akut und es ist deshalb selbstverständlich, daß man das möglichste tun muß, um die Einbürgerung zu fördern; denn die mit unserer Volkswirtschaft verwachsenen Ausländer sollen auch Schweizerbürger werden.

Doch nun zurück zur Motion Gelpke. Bundesrat Schultheß hat bekanntlich die Motion entgegengenommen. Er hat allerdings nur eine Generalprüfung zugesichert. Er hat auch ausgeführt, daß bereits im Sinne der Tendenzen Gelpkes gehandelt wurde, soweit das überhaupt möglich sei. Und in der Tat, die ganze Zollpolitik der letzten Jahre, die Politik der Einfuhrbeschränkungen und Einfuhrverbote zeigt, daß der Bundesrat auf dem Wege, den Gelpke empfohlen hat, marschiert. Diese Abschließungspolitik ist allerdings etwas Widersinniges und kann mit der Entwicklung der Wirtschaft nicht vereinbart werden.

So ist es denn nicht verwunderlich, daß bereits einzelne Handelskammern gegen diese Politik Front machen. Und in der „N. Z. Z." vom 19. Oktober finden wir einen Artikel, „Wirtschaftspolitische Richtlinien" überschrieben, der in scharfer Weise die Politik Gelpkes ablehnt. Wir lesen dort die folgenden interessanten Ausführungen (die Sperrungen einzelner Stellen stammen von dem Verfasser dieses Artikels):

„=ch= Im Rate der Nation sind vor kurzem große Fragen angeschnitten worden. — „Fragen von höchster Bedeutung" nannte sie ein in Wirtschaftsfragen kompetentes Ratsmitglied. Der Basler Abgeordnete Gelpke, der bekannte Wasserwirtschafter, der sich schon wiederholt auch in anderen Wirtschaftsfragen als Steuermann anbot, hatte eine Motion eingereicht, durch die der Bundesrat eingeladen wird, allgemeine Richtlinien einer zeitgemäßen Wirtschaftspolitik aufzustellen. Neue Richtlinien? Uns will scheinen, wir haben seit Jahren zwar eine neue Wirtschaftspolitik, aber sie stimme mit den alten, in der Verfassung verankerter Richtlinien nicht mehr ganz überein. Sollte diese Motion des Herrn Gelpke dem Bedürfnis entsprungen sein, diese Uebereinstimmung wiederum herzustellen, nachdem die alten, konstitutionellen Richtlinien leider etwas überholt sind?

Wohin soll der Weg, der, wir wiederholen, bereits beschritten ist, nach den Absichten des Motionärs inskünftig gehen? Sein Wegweiser lautet: Erstrebung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, Förderung der Eigenwirtschaft, nachhaltiger Schutz der einheimischen Erwerbstätigen. — Die Worte haben zweifellos einen guten patriotischen Klang. Man kann ihnen in gehobener Versammlungsstimmung heißen Herzens und mit dem Schwör-Finger auf dem Weißen Kreuz im Roten Feld zujubeln, um im hellen Licht des Tages zu erkennen, daß alles leere Begriffe, aber noch mehr fromme Wünsche sind. — Wird das Wort von der wirtschaftlichen Unabhängigkeit in die verständliche Alltagsprosa übersetzt, so heißt die Forderung: Grenzen zu, nach innen und außen, für Lebendes und Totes. Eigenwirtschaft heißt: Land,

bescheide dich mit dem, was die der eigene Boden bietet. — Mag sein, daß sich der Motionär die Sache nicht so einfach und folgerichtig denkt. Aber das ist es ja eben. Man will nur so ein bißchen Protektionismus. Die Freunde des „Selbstgenügens" und der „wirtschaftlichen Unabhängigkeit" wollen keine ausgesprochene Insel, sie wollen keinen breiten Graben um unser Ländchen, sondern nur so ein paar Gräblein. Das hindert aber nicht, daß diese Gräblein immer breiter werden. Die jenseits der Grenzen werden schon dafür sorgen, indem sie die Gräben um ihr Land entsprechend und mit mehr Aussicht auf Erfolg verbreitern. So werden wir rasch genug zur Insel werden, nur daß wir bei dem Wettrennen um den breiteren Graben mit aller Sicherheit den kürzern ziehen werden.

Nun hat Herr Gelpke, wenn die Zeitungsmeldungen darüber richtig sind, darauf hingewiesen, die Ueberindustrialisierung sei eine Hauptursache der Ueberfremdung. Er soll gesagt haben, die Zunahme der Bevölkerung entfalle in normalen Jahren zu 50 Prozent auf die Zuwanderung von Ausländern. Wie verhält es sich damit? Der Anteil der Zuwanderung an der Bevölkerungszunahme beträgt in den 50 Jahren vor dem Kriege etwa 24 Prozent und im Zeitraum 1900—1910 im Mittel etwa 30 Prozent. Nun entsteht aber die Frage, ist die Zuwanderung überhaupt auf das Konto der Industrie zu buchen? In der Dekade von 1900 bis 1910 waren von 140,000 Zugewanderten rund 51,000 Deutsche und rund 85,000 Italiener. Es wäre gewagt, zu behaupten, daß diese Einwanderer in der Hauptsache in der Industrie Unterkunft gefunden haben. Der größte Teil der Zuwanderung entfällt auf Bedarf an Arbeitskräften in den Gewerben, namentlich im Baugewerbe. Das wird durch die Fabrikstatistik bestätigt, die nachweist, daß nur etwa 10 Prozent aller in der Schweiz wohnenden Ausländer in Fabriken tätig sind. Seit 1910 ist die Zuwanderung übrigens gering. Der starken Zuwanderung an Fremden steht eine an Zahl fast gleichwertige Abwanderung gegenüber. In der ersten Dekade dieses Jahrhunderts sind allein nach Uebersee rund 50,000 Schweizer abgewandert. Wenn einerseits etwa 550,000 Ausländer in der Schweiz Arbeit und Brot finden, so steht diesen eine Zahl von 300—400,000 Schweizern gegenüber, die im Ausland ihr Auskommen finden*). Die Ueberfremdungsfrage darf nicht einseitig vom wirtschaftlichen Standpunkt aus beurteilt werden. Wir stehen in einem regeren Austauschverhältnis mit dem Auslande als die Mehrzahl der anderen Länder, und zwar nicht nur mit Bezug auf Warenmengen, sondern mit Bezug auf Arbeitskräfte. Es liegt hier wiederum in der Eigenart unseres Landes, in der Beweglichkeit und Strebsamkeit unserer Bewohner, daß wir dem Auslande mehr hochwertige, dieses uns mehr unqualifizierte Arbeitskräfte abgibt. Wirtschaftlich fällt die Bilanz dieses Austausches sicherlich nicht zuungunsten unseres Landes aus.

Man mag das ganze Problem rein bevölkerungspolitisch oder rein wirtschaftlich betrachten, man wird immer wieder die Richtigkeit der in der Verfassung niedergelegten Richtlinien für eine schweizerische Wirtschaftspolitik bestätigt finden. Unsere Volkswirtschaft ist in der Luft der Freiheit emporgeblüht und wir können sie heute nicht in Fesseln schlagen, ohne daß wir an ihren Lebensbedingungen rühren.

Daß Herr Gelpke reinen Herzens ist, und daß ihm das Gesamtwohl kein leeres Wort ist, glauben wir gerne. Aber seiner Trommel werden die allzuvielen bereitwillig nachlaufen, die das engere Privatinteresse dem Gesamtwohl voranzustellen bereit sind. Man darf unserer Volkswirtschaft nur wünschen, daß sie Gott vor den Freunden des Herrn Gelpke behüte. Die Kriegs- und Nachkriegszeit

*) Hier handelt es sich um das Vorkriegsverhältnis. Die Volkszählung von 1920 weist nach, daß nur noch etwa 400,000 Ausländer in der Schweiz wohnen. Einem instruktiven Vortrag des Herrn Dr. Bindschedler entnehme ich eben, daß die Zahl der im Ausland wohnenden Schweizer zurzeit auf höchstens 300,000 zu veranschlagen ist.

mit ihrem Buhlen um Staatsgunst und ihrem Gezänk über die mehr oder weniger bedeutsamen Brocken, die vom Tisch der staatlichen Monopolwirtschaft fielen, hat uns gezeigt, in welches Fahrwasser uns die Motion Gelpke immer weiter hineintreiben möchte. Es ist jenes seichte Wasser, in dem wohl die Sumpfblüte des Neides und des unseligen Bruderstreites, aber nicht die bürgerliche Tugend der Regsamkeit und Strebsamkeit gedeihen kann."

Soweit die Ausführungen des Mitarbeiters der „N. Z. Z.". Mit Recht macht er Front gegen den Weg, der in wirtschaftspolitischer Hinsicht in den letzten Jahren beschritten wurde. Mit Recht weist er darauf hin, daß diese neue Wirtschaftspolitik mit den in der Verfassung verankerten Richtlinien nicht übereinstimme.

Es ist nur bedauerlich, daß die politische Partei, die die „N. Z. Z." vertritt, diese Erkenntnis nicht schon früher hatte. Die ganze Zollpolitik der letzten Jahre widerspricht der Verfassung. Aber die Sozialdemokratie war jeweils, wenn sie die Verfassung und die Interessen des gesamten schweizerischen Volkes verteidigte, ganz allein und hatte den Block der bürgerlichen Parteien gegen sich. Es ist ja erfreulich, daß auch bei den Bürgerlichen und in der „N. Z. Z." selbst die Einsicht zu Worte kommt. Wir registrieren den oben ziemlich ausführlich zitierten Artikel als ein Zeichen der Umkehr. Das, was wir Sozialdemokraten immer und immer wieder betonten, nämlich daß die heutige Zollpolitik zum Ruin der schweizerischen Volkswirtschaft führt, daß sie nicht nur die Konsumenten in ihrer Kaufkraft schädigt, sondern vor allem auch die schweizerische Volkswirtschaft als Ganzes schädigt, wird in mehr oder weniger deutlicher Form hier zugegeben. Der Korrespondent der „N. Z. Z." spricht von dem Graben, den man zwischen den Ländern aufgeworfen hat. Er sieht voraus, daß die Schweiz bei dieser Politik zu den Leidtragenden gehören wird und daß deshalb diese Politik verlassen werden muß. Daher auch seine scharfe Ablehnung der von Gelpke vertretenen Auffassungen.

Im Nationalrat hat zwar der Chefredaktor der „N. Z. Z.", Dr. Meyer, die Gedankengänge Gelpkes entschieden abgelehnt. Aber er hat es nicht übers Herz gebracht, auch die Motion abzulehnen. Jedenfalls wollte er nicht Seite an Seite mit den Sozialdemokraten gegen Gelpke stimmen. Er hat wohl das Gottvertrauen, der Bundesrat werde es schon richtig machen und die Kreise, die er vertritt, werden für den nötigen Druck auf den Bundesrat sorgen.

Die Gedankengänge Gelpkes sind der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung zuwiderlaufend. Es ist unmöglich für ein großes Land, die wirtschaftliche Entwicklung aufzuhalten, und für ein kleines Land bedeuten derartige Bestrebungen statt Förderung der Volkswirtschaft des eigenen Landes Selbstmord.

Statt die angenommene Motion Gelpke zu studieren, müßte viel eher von der Schweiz aus die Prüfung einer anderen Frage angeregt und ihre Verwirklichung unter Umständen kategorisch gefordert werden.

Wir meinen die Frage der Schaffung einer westeuropäischen oder europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Wir leben heute in einer ähnlichen Situation, wie sie sich zur Zeit der niedergehenden Zunft präsentierte. Durch die wirtschaftliche Entwicklung war die geschlossene Stadtwirtschaft zum Niedergang verurteilt. Wenn auch die Herren jener Wirtschaft auf alle mögliche Art und Weise die Zunftherrlichkeit aufrechtzuerhalten trachteten, so ist ihnen das nicht gelungen. Es nützte nichts, die Zahl der Zunftangehörigen zu beschränken, die Wander- und Lehrjahre zu verdoppeln und zu verdreifachen. Es nützte nichts, streng an der Bannmeile festzuhalten; keine Pfuscher und Böhnhasen auf dem flachen Lande zu dulden. Es nützte nichts, die Produktion und den Konsum innerhalb der Stadt eingehend zu regeln, um jedem sein Einkommen und Auskommen zu sichern. Die wirtschaftliche und technische Umwälzung ging über alle Schranken der Zunftherrlichkeit hinweg.

In der gleichen Situation wie die geschlossene Stadtwirtschaft zur Zeit ihres Niederganges befindet sich heute die nationale Wirtschaft. Eine geschlossene nationale Wirtschaft gibt es nirgends mehr. Die Zukunft gehört nicht der nationalen Wirtschaftsgemeinschaft, sondern der Weltwirtschaft. Alle Entwicklungstendenzen gehen in dieser Richtung. Wie alle Uebergangszeiten Nachteile, Mühsale, unter Umständen Not und Elend den Betroffenen bringen, so selbstverständlich auch der Uebergang von der nationalen Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft. Allein man kann diese Entwicklung nicht aufhalten. Man kann alles tun, ihre Folgen für einzelne Berufsschichten zu mildern, ihnen den Uebergang in die veränderte Wirtschaft leichter zu machen. Aber ein vernünftiger Mensch wird nie und nimmer versuchen, sich dieser Entwicklung in den Weg zu stellen. Es wäre das Verkehrteste, was er tun könnte. Er schädigt damit sein Land und dessen Bevölkerung auf das nachhaltigste. Er gleicht jenen Luddisten, welche die Maschinen zerstören wollten, um die Entwicklung der Industrie zu verhindern.

Wenn es nach den Plänen Gelpkes gehen würde, dann würde die Schweiz ihre Volkswirtschaft um Jahrzehnte zurückschrauben müssen. Es würde bedeuten, daß einzelne Industrien abgebaut und dafür die Urproduktion künstlich gehoben würde. Eine solche Politik wäre widersinniger als die Politik des ausgehenden Zunftregimes. Sie würde zu einem vollständigen Zusammenbruch der Schweiz in wirtschaftlicher Hinsicht führen. Die Schweiz würde auf die weltwirtschaftliche Entwicklung keinen Einfluß ausüben können durch ihre „neue" Politik, deren Repräsentant Gelpke ist; wohl aber würde sie sich selber zur Bedeutungslosigkeit verurteilen.

Deshalb ist die Frage der Schaffung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Schweiz von großem Interesse. Wir können diese Frage hier nicht erörtern. Als Postulat wäre ihr Studium viel zeitgemäßer als das Studium der vom Nationalrat angenommenen Motion Gelpke. Daß zwar die Motion Gelpke in der nächsten Zeit nicht im Sinne des Motionärs zur Ausführung gelangt, ging mit aller Deutlichkeit aus den Voten von Bundesrat Schultheß und Nationalrat Dr. Meyer hervor. Der letztere hat es nun noch für nötig erachtet, einem Mitarbeiter seines Blattes das Wort zu erteilen, um mit Gelpke in der oben zitierten Weise abzurechnen. Auch das ist ein Symptom dafür, daß man sich in den Reihen der bürgerlichen Wirtschaftspolitiker zu besinnen beginnt, daß man einzusehen beginnt, die bisherige Zollpolitik und die Politik der Einfuhrbeschränkungen und Einfuhrverbote könne nicht weitergeführt werden. Diese Abkehr von der durch die Sozialdemokratie bekämpften und von den Bürgerlichen so viel gepriesenen Wirtschaftspolitik zeigt von neuem, daß es die Sozialdemokraten sind, die eine geradlinige und dem Volksinteresse in weitestgehendem Maße zuträgliche Wirtschaftspolitik verfolgen. Wir werden nicht verfehlen, bei passender Gelegenheit auf die Wandlungen, die in der bürgerlichen Politik mit Naturnotwendigkeit eintreten müssen, hinzuweisen und dem Volke zu zeigen, wie verkehrt der Weg ist, den in den verflossenen Jahren die offiziellen Wirtschaftspolitiker beschritten haben und den Dr. Gelpke noch weiter ausbauen möchte.

---

# Probleme der materialistischen Geschichtsauffassung.

Von E. J. Walter.

Schon seit längerer Zeit beschäftigen mich einige theoretische Gedankengänge, an deren eingehende Ausarbeitung ich mich aber wegen anderweitiger Inanspruchnahme in absehbarer Zeit nicht heranmachen kann. Die nachfolgenden Zeilen wollen daher nur als Anregung betrachtet werden, wobei ich der lebhaften Hoffnung Raum gebe, daß diese Probleme von marxistischer Seite gründlich und allseitig wissenschaftlicher Diskussion unterworfen werden. Sie scheinen mir vermehrter Aufmerksamkeit seitens der marxistischen Schule durchaus wert.

Es ist unverkennbar, daß die Entwicklung der materialistischen Geschichtsauffassung in eine gewisse theoretische Stagnation eingetreten ist. Einzig die Arbeiten von Otto Bauer („Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie") und die Studien von Max Adler haben dem historischen Materialismus theoretisches Neuland erobert. Trotzdem scheint uns die Kluft nicht überbrückt, die immer noch den Zusammenhang von Psychologie und historischem Materialismus trennt. Allerdings hat Otto Bauer sich in seiner „Nationalitätenfrage" großenteils genötigt gesehen, auf psychologische Zusammenhänge zurückzugreifen, ohne aber den Boden der gangbaren Schulpsychologie